

BID - Medieninformation vom 10. Oktober 2013

Immobilienwirtschaft: Zu starke Verschärfung der Energieeinsparverordnung (EnEV) gefährdet Wohnungsneubau

Berlin – Der Bundesrat beschließt morgen eine Verschärfung der Energieeinsparverordnung (EnEV) und fällt damit eine richtungsweisende Entscheidung für die Entwicklung der Miet- und Kaufpreise auf dem deutschen Wohnungsmarkt.

„Wir warnen vor den Folgen einer Verschärfung der EnEV um 25 Prozent – egal in wie vielen Stufen. Sie würde Wohnungsneubau wirtschaftlich so unattraktiv machen, dass er wahrscheinlich nicht stattfinden wird. Dasselbe gilt auch für andere Immobilienklassen, sie werden es schwer haben im Wettbewerb mit nicht nachhaltigen Gebäuden. Wer weitere Engpässe auf dem Wohnungsmarkt insbesondere im Niedrigpreissegment verhindern will, muss bei einer Verschärfungs-Stufe um 12,5 Prozent bleiben. Gutachten des Bundesbauministeriums haben gezeigt, dass mit einer Verschärfung um weitere 12,5 Prozent ab 2016 die Schwelle zur Unwirtschaftlichkeit überschritten wird“, sagt Andreas Mattner, Vorsitzender der BID Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland und Präsident des ZIA. „Die Länderkammer darf den Bogen bei der EnEV nicht überspannen. Denn höhere Neubauanforderungen bedeuten auch höhere Baukosten und damit steigende Mieten“, warnt Mattner.

Der Umweltausschuss des Bundesrates hat Empfehlungen zur EnEV 2014 beschlossen, die gemeinsam mit den vorliegenden Änderungsempfehlungen des Ausschusses für Städtebau, Wohnungswesen und Raumordnung und des Wirtschaftsausschusses am 11. Oktober 2013 im Bundesrat behandelt werden sollen. Der Umweltausschuss empfiehlt unter anderem, die energetischen Anforderungen für den Neubau ab 2016 um 25 Prozent zu verschärfen und für Energieausweise Energieeffizienzklassen einzuführen. Die Änderungsempfehlungen des Wirtschaftsausschusses sehen demgegenüber lediglich eine einstufige Verschärfung der energetischen Anforderungen für den Neubau in Höhe von 12,5 Prozent ab 2016 vor, da eine zweistufige Verschärfung um insgesamt 25 Prozent den Neubau unwirtschaftlich macht.

In der BID Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland arbeiten die Verbände BFW, bsi, BVI, DDIV, GdW, IVD, vdp, und ZIA zusammen, um mit gebündelten Kräften gemeinsam inhaltliche Positionen effektiver in der Öffentlichkeit zu vertreten. Mit der BID steht der Politik und anderen Wirtschaftszweigen sowie weiteren Verbänden ein unterstützender und durchsetzungsfähiger immobilienwirtschaftlicher Partner zur Seite.

Weitere Informationen über die BID finden Sie im Internet unter www.bid.info

Geschäftsführender Verband

Zentraler Immobilien Ausschuss
Wallstraße 16
10179 Berlin

www.bid.info

Büroleitung der BID

Dennis Beyer

Tel.: 030 / 2021 585 41
Mobil 0173 / 59 67 086
Fax: 030 / 20 21 585 29
E-Mail: dennis.beyer@bid.info

Pressekontakt

Denis McGee

Pressesprecher des ZIA

Tel.: 030 / 2021 585 17
Fax: 030 / 20 21 585 29
E-Mail: presse@bid.info

Die Mitglieder der BID:

BFW Bundesverband
Freier Immobilien- und
Wohnungsunternehmen

BVI Bundesfachverband der
Immobilienverwalter

Dachverband Deutscher
Immobilienverwalter (DDIV)

GdW Bundesverband deutscher
Wohnungs- und
Immobilienunternehmen

Immobilienverband Deutschland
IVD
Bundesverband der
Immobilienberater, Makler,
Verwalter und Sachverständigen

Verband deutscher
Pfandbriefbanken (vdp)

VGF
Verband Geschlossene Fonds

ZIA
Zentraler Immobilien Ausschuss